

LESERBRIEF

Nein zum unnötigen Familienartikel

Der Familienartikel, über den wir am 3. März abstimmen, ist nicht harmlos. Er geht von einem allbetreuenden Staatsverständnis aus, das nicht mehr zuerst die elterliche Eigenverantwortung würdigt, sondern direkt beim Versorger Staat ansetzt.

Man stellt Leistungen in Aussicht, die schlicht nicht notwendig und überdies nicht finanziert sind. Dies ist für mich als junger Familienvater noch viel unverständlicher als wir die Folgen dieses allmächtigen Staates in unseren Nachbarländern sehen – Überschuldung, enorm hohe Steuern und grosse Steuerflucht. Wir dürfen in der Schweiz den gleichen Weg einschlagen, welcher uns herum zu bankrotten Staaten führte. Die Schulden von heute lasten auf den Schultern der kommenden Generationen.

Die Art und Weise, wie sich die Familie für die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder organisiert, ist Sache der Eltern. Jetzt darf nicht von Staatsfunktionären aus Bern her diktiert werden, was der Kanton und die Gemeinden alles anzubieten haben. Dies führt zu einem flächendeckenden, vom Staat subventionierten Ausbau der Tagesstrukturen und Kinderhorte. Das wird Kosten in Milliardenhöhe nach sich ziehen – und wir berappen es, wir alle, ob kinderreich oder kinderlos, ob jung oder alt. Das darf nicht sein.

Zur Stärkung der Familie, auch gerade derjenigen Frauen und Männer, die ihre Kinder selber betreuen, sage ich klar Nein zum Familienartikel. **Mirco Rossi, Kantonsrat SVP, Grütli 3, Sevelen**

ZEITUNG ONLINE LESEN?
www.wundo.ch

Herausforderungen meistern

An der 94. Delegiertenversammlung des Werdenberger Feuerwehrverbandes wurde am hohen Ausbildungsstandard der Feuerwehrangehörigen festgehalten. Neu in den Vorstand wurde Philipp Kaiser gewählt.

Von Hansruedi Rohrer

Sevelen. – Verbandspräsident Hans Reich hiess Delegierte und Gäste, darunter Kameraden aus Nachbarverbänden sowie einige ehemalige Kommandanten, zur 94. Delegiertenversammlung im Gemeindegasthof Drei Könige in Sevelen herzlich willkommen. Gemeindepräsident Roland Ledergerber meinte anschliessend in seinen Begrüssungsworten, dass er gerne an derartige Veranstaltungen komme. Denn hier drohe kein Antrag oder etwas Ähnliches, meinte er humorvoll. Tatsache jedoch sei, dass die Feuerwehr mehr mache als sich nur in der Uniform präsentieren.

«Die Angehörigen der Feuerwehr sind einfach immer da, wenn es notwendig ist, und man nimmt es gar nicht mehr wahr, dass die Feuerwehr einen sehr guten Job macht.» Dafür dankte der Gemeindepräsident herzlich.

Neues Ausbildungszentrum

In seinem Jahresbericht vermerkte Präsident Hans Reich, dass sich das neue Reglement «Einsatzführung» in den Wehren bereits gut umsetzen liess und auch angewendet wird. Beim neuen «Basiswissen» (ab 1. Januar 2013 in Kraft) hingegen stehe erst ein Vorentwurf zur Verfügung. Damit würden die vom Verband aus organisierten Kurse auf dem neuesten Stand durchgeführt.

«Es gibt da sehr viele Vereinfachungen in der Ausbildung, was nicht unbedingt im Sinne der Kommandos ist», sagte Hans Reich. Es müsse jedoch im Interesse aller sein, den hohen Ausbildungsstandard der Feuer-



Wechsel im Vorstand: Präsident Hans Reich (links) verabschiedet Willi Suhner (Mitte) und begrüsst Philipp Kaiser als neues Vorstandsmitglied.

wehrangehörigen zu halten, und da brauche es auch die interne Aus- und Weiterbildung.

Das neue Ostschweizer Feuerwehr-Ausbildungszentrum in Bernhardszell werde im Jahr 2016 in Betrieb genommen, sagte der Präsident weiter. Finanziert werde es von den Kantonen St. Gallen, Thurgau und den beiden Appenzeln. Auch da werde immer wieder diskutiert, wenn das aktuelle Kursprogramm aus dem Kanton St. Gallen mit jenem der beteiligten Kantone verglichen werde. «Aus den Neuerungen werden wir uns das Optimum herausholen und an unsere Feuerwehrkameraden vermitteln.» Die Werdenberger Feuerwehren hatten im vergangenen Jahr folgende Einsätze zu leisten: 46 Brandbekämpfungen, 74 Elementarereignisse, 8

Strassenrettungen, 39 technische Hilfeleistungen, 20 Ölwehreinsätze, 16 Dienstleistungen, 53 unechte Alarmer.

Kameraden geehrt

An der Versammlung wurden fünf Kameraden für lange Jahre im Feuerwehrdienst geehrt. Es sind: Stefan Kehl (25 Jahre), Willi Suhner (25 Jahre), Markus Kollegger (26 Jahre), Urs Roduner (28 Jahre), Bruno Götti (29 Jahre).

Aus dem Vorstand wurde Willi Suhner, bisheriger Feuerwehrkommandant in Gams, verabschiedet. Von 2001 bis 2012 konnte der Vorstand des Werdenberger Feuerwehrverbandes auf seine wertvolle Arbeit zählen. Willi Suhner war zuerst zwei Jahre Aktuar, dann neun Jahre Präsident. Philipp Kaiser, der neue Gamsener Feu-

wehrkommandant, konnte neu in den Vorstand gewählt werden. Thomas Bartsch, Mitglied des Kantonalverbandes, orientierte unter anderem über die acht Jugendfeuerwehren im Kanton St. Gallen, und der Liechtensteiner Landesfeuerwehrkommandant Matthäus Hoop bestätigte die nach wie vor gute Zusammenarbeit «über den Rhein». Er sagte zur Vision 2020, dass die Liechtensteiner Feuerwehren für «normale» Ereignisse bestens ausgerüstet seien, bei einem grossen Vorkommnis mit ausserordentlicher Lage aber nicht eingerichtet sind. Er wies auch auf den Landesfeuerwehrtag vom 7./8. Juni 2013 in Gampin hin.

Turnusgemäss findet die nächste Werdenberger Delegiertenversammlung im Februar 2014 statt.

Swiss Electric Mobility Award an drei Preisträger übergeben



Preisgewinner und Jurymitglied: Tomasz Janasz (3. Preis), Julianna Priskin (2. Preis), David Dyntar (1. Preis), Eva Mathoy, Josef Brusa (von links).

Seewald/Luzern. – In Anwesenheit von mehr als 300 Experten und Teilnehmern des Kongresses des Schweizer Forums Elektromobilität wurde kürzlich erstmals der Swiss Electric Mobility Award verliehen. Der mit 25 000 Franken dotierte Förderpreis ist dem verstorbenen Visionär Arno Mathoy gewidmet und wird an Vorwörter und Pioniere verliehen, die mit herausragenden Projekten die Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten vorantreiben.

Für die Jury, bestehend aus hochkarätigen Vertretern, darunter die Seewaldener Firma Brusa Elektronik AG, die diesen Award mit ins Leben gerufen hat, war es keine leichte Aufgabe, aus den zahlreichen Bewerbungen die Gewinner zu bestimmen. Nominiert und für ihre Pionierprojekte im Be-

reich der Elektromobilität ausgezeichnet wurden:

1. Platz (15 000 Franken): David Dyntar für die Entwicklung eines Elektroautos mit Range-Extender im Rahmen eines Fokusprojektes an der ETH Zürich.

2. Platz (6000 Franken): Julianna Priskin für die Umrüstung und den Betrieb eines Kleinbusses (Switchbus) mit Elektroantrieb.

3. Platz (4000 Franken): Tomasz Janasz für die Vorbereitung und Durchführung eines Wissens- und Technologietransfers für umweltschonende Mobilitätskonzepte im Stadtverkehr zwischen der Schweiz und Polen. Weiterführende Informationen zu den Projekten gibt es demnächst unter der Internetadresse www.emobilityaward.ch. (pd)

Die SP-Grüne-Fraktion lehnt das dritte Sparpaket ab

Die SP-Grüne-Fraktion hat sich in Buchs auf die Februarsession des Kantonsrates vorbereitet. Sie lehnt das dritte Sparpaket über 150 Millionen Franken ab und kritisiert «sowohl den unnötigen Nachtrag zum Sozialhilfegesetz wie auch den Kreiselausbau in Wil».

Buchs. – Die SP-Grüne-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan 2014 bis 2016 zur Kenntnis, wie sie in einer Mitteilung schreibt.

Den Antrag der Finanzkommission, der ein drittes Sparpaket im Umfang von 150 Millionen verlangt, lehnt die Fraktion ab. Die Umsetzung eines dritten massiven Sparpaketes ohne Berücksichtigung der Einnahmenseite sei nicht tragbar, betont sie. Hinter der überrissenen bürgerlichen Forderung stehe «wohl der Wunsch, dass man mit der Beibehaltung von Eigenkapital möglichst bald wieder die Steuern senken kann», heisst es in der Mitteilung.

Die Fraktion kritisiert auch die Sammelvorlage zum Sparpaket II. Es könne nicht sein, dass umfassende Gesetzesänderungen im Eiltempo durchgewunken werden, wird dazu ausgeführt. Vor allem die Änderung des Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs bringe einige Fragen mit sich, die einer vertieften Diskussion bedürften. Die vollständige Finanzierung der regionalen Suchtbe-

ratungsstellen (Nachtrag zum Suchtgesetz) lehnt die SP-Grüne-Fraktion ab, «weil unklar ist, wie die Leistungen in Zukunft garantiert werden können».

Sozialdetektive als Beruhigungsspiel?

SP und Grüne ziehen es vor, das Sozialhilfegesetz einer Gesamtrevision zu unterziehen und nicht am geltenden Gesetz rumzuschrauben. Die Fraktion wird deshalb auf den III. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz nicht eintreten. Die Missbrauchsquote in der Sozialhilfe erachtet sie als derart tief, dass sich eine Teilrevision zum heutigen Zeitpunkt nicht rechtfertige. Der Antrag auf Rückweisung erfolge «im Wissen, dass eine Abklärung und Überprüfung zur Feststellung des Anspruchs auf Sozialhilfe bereits mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen möglich ist», schreibt die Fraktion. Sie verurteilt Sozialhilfemissbrauch, «aber eine Gesetzesänderung, nur um der Bevölkerung Handlungsbereitschaft zu signalisieren», sei nicht zielführend.

Für eine echte ÖV-Förderung

Die SP-Grüne-Fraktion lehnt den Nachtragskredit für die Miete eines Provisoriums für die Universität St. Gallen weiterhin ab. Es brauche grundsätzliche Überlegungen bezüglich der Bau- und Mietlösungen der Uni, ist sie überzeugt. Den Kantonsratsbeschluss über die Kapazitätserweiterung der Kantonsstrasse Nr. 8 in Wil will die Fraktion zurückweisen.

Für den öffentlichen Verkehr (ÖV) sei nur ein redimensioniertes Projekt unter gleichzeitiger Berücksichtigung von flankierenden Massnahmen an der Toggenburgerstrasse stadteinwärts sinnvoll, hält sie fest.

Im Gesetz über die St. Galler Pensionskasse lehnt die SP-Grüne-Fraktion die «verschlechterte» Vorlage mit einer Beteiligung von 100 Mio. Franken der Versicherten an der Ausfinanzierung ab. Der Vorschlag der Regierung, die Versichertenbeteiligung auf 50 Mio. zu begrenzen, wäre als Schadensbegrenzung zu verstehen, hält sie fest.

Als Ersatzrichterin für das Verwaltungsgericht schlägt die SP-Grüne-Fraktion Rechtsanwältin Catherine Reiter aus Widnau zur Wahl vor. (wo)

ANZEIGE

IHK St. Gallen Appenzell

Für familienfreundliche Unternehmen, gegen neue staatliche Vorschriften.

NEIN am 3. März zum Verfassungsentwurf einer staatlichen Familienpolitik.

www.ihk.ch